

Beilage 1458/2008 zum kurzschriftlichen Bericht des Oö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen
Landtags betreffend einen Qualifizierungsbonus für
Teilnehmerinnen an Ausbildungen im Rahmen von
Stiftungsmodellen**

Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für die Einführung eines Qualifizierungsbonus' für Teilnehmerinnen an länger dauernden Ausbildungen im Rahmen von Stiftungsmodellen einzutreten.

Begründung

Die Forcierung von Qualifizierung und Weiterbildung für Frauen ist einer von mehreren Ansätzen, um vorhandene Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern zu verringern. Im Hinblick auf die Fachkräftenachfrage der Oö. Wirtschaft und der sich im technischen Bereich bietenden Chancen sind das Land und das AMS Oberösterreich besonders bestrebt, den Anteil der Frauen an technischen Ausbildungen zu erhöhen. Gerade das oberösterreichische Vorzeigemodell der Implacement-Stiftung bietet dafür beste Rahmenbedingungen, da die Ausbildung direkt im möglichen künftigen Dienstgeberbetrieb und somit bedarfsgerecht erfolgt. Qualifizierungen im technischen Bereich sind jedoch besonders zeitintensiv, da hier oft nur Grundkenntnisse vorhanden sind und Betriebe sehr spezifische Anforderungen haben. Aufgrund der längeren Dauer scheitern technische Ausbildungen jedoch oftmals an den finanziellen Möglichkeiten. Viele Frauen nehmen daher beispielsweise ein Arbeitsangebot für Anlernkräfte in der Produktion an, anstatt eine Ausbildung zu absolvieren. Mit einem Qualifizierungsbonus des Bundes, d. h. einen Zuschuss zum Arbeitslosengeld, für Frauen, die eine länger dauernde Ausbildung absolvieren, könnte der Frauenanteil deutlich erhöht werden und Ausbildungsabbrüche verringert werden.

Diese geforderte Maßnahme des Bundes stellt einen weiteren wichtigen Beitrag für die oberösterreichische Arbeitsmarktpolitik dar, in der Frauenbeschäftigung einen besonderen Schwerpunkt bildet. Durch die angesprochene Maßnahme ist zu erwarten, dass gute Erfolge bei der Erhöhung der Frauenbeschäftigung erreicht werden können. Im Bereich der Kinderbetreuung etwa wurden bereits durch das neue Oö. Kinderbetreuungsgesetz Verbesserungen für ein künftig bedarfsgerechtes Angebot und somit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesetzt.

Linz, am 1. April 2008

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Strugl, Mayr, Kiesel, Orthner, Eisenrauch, Weinberger, Lackner-
Strauss, Steinkogler, Frauscher, Ecker, Jachs, Brandmayr,
Bernhofer, Brunner, Hüttmayr, Pühringer, Schürer, Entholzer,
Stanek, Hingsamer, Baier, Aichinger, Schillhuber, Stelzer,
Weixelbaumer**

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Schwarz, Wageneder, Trübswasser, Hirz